

Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der Arbeiter in städt. Betrieben (Gasanstalten, Straßenreinigungs-, Kanalisations-, Wasserwerke, Elektrizitätswerke, Abfuhrwesen, Park- und Gartenanlagen, Schlacht-, Krankenhäusern etc.,

Publikations-Organ

des Verbandes der Arbeiter in Gasanstalten und allen anderen städtischen Betrieben.

Er erscheint am 7. u. 22. jeden Monats. Bezugspreis 80 Pfg. pro Vierteljahr. Einzelnummer 10 Pfg.	Redaktion, Verlag und Expedition: Bruno Voersch, Berlin 14, Neue Jakobstr. 26.	Inserate, die 3 gespaltene Nonpareille- Zeile 20 Pfg. Bei Wiederholung Ermäßigung.
Nr. 1.	Berlin, 7. Januar 1899.	3. Jahrg.

Geschäftlicher Jahresbericht des Verbandes der Arbeiter in Gasanstalten und in allen anderen städtischen Betrieben für das Geschäftsjahr 1897/98.

Oktober 1897 bis ultimo September 1898.

2. Geschäftsjahr.

Die Ausbreitung unserer Bewegung.

Nach den Bestimmungen des Statuts ist unter Anderem dem Vorstände des Verbandes die Aufgabe zugewiesen worden, für eine rege Agitation und Ausbreitung unserer Bewegung Sorge zu tragen.

Der Verbands-Vorstand hat dann auch in dem verfloffenen Geschäftsjahr, so weit dieses nur irgend möglich war, für die Ausbreitung des Verbandes gearbeitet. Dabei aber beschritt er einen etwas anderen Weg als in dem Geschäftsjahr 1896/97. Damals glaubte er am Besten diese erhaltene Aufgabe zu erfüllen, wenn er nach Orten, in denen wir noch keinen Anhang besaßen, Agitationstouren veranstaltete. Die Erfahrungen lehrten nun aber, daß solche Agitationstouren mit größeren Kosten verbunden sind und die erwarteten Erfolge dabei sehr oft ausbleiben. Wenn an solchen Orten Versammlungen zu Stande kamen und man sich auch schließlich dem Verbands-Anschließen wollte, wurde dennoch aus der Sache nichts, da es an den nötigen betätigten Kräften fehlte und wiederholte Reisen aus finanziellen Gründen nicht unternommen werden konnten.

Damit soll nun nicht etwa gesagt sein, daß der Verbands-Vorstand prinzipiell gegen Agitationstouren ist, sondern er meint: eine solche Agitationsweise hat nur dann Erfolge, wenn bedeutendere Summen dafür ausgegeben werden können. Dieses ist jedoch gegenwärtig noch nicht möglich, doch wird es hoffentlich einst möglich werden.

Der Verbands-Vorstand suchte daher vor Allem für die Ausbreitung der Berliner Bewegung Sorge zu tragen. Diese Agitation erforderte lange nicht die Geldmittel, die Agitationstouren notwendig gehabt hätten und außerdem konnten die angefallenen Reisekosten von Seiten des Verbands-Vorstandes ohne erhebliche Kosten weiter unterstützt werden. Tatsächlich sind ja denn auch die Erfolge nicht ausgeblieben.

Während am Ende des ersten Geschäftsjahres in Berlin nur eine Verwaltungsjohle aufzuweisen war, besitzt Berlin jetzt deren sieben. Die Zitate der Kanalisations-Arbeiter, Wasserwerks-Arbeiter, Desinfektoren, Markthallen-Arbeiter, Paternen-Anzähler und die der Arbeiter des Schlacht- und Viehhofes wurden durch die Tätigkeit des Verbands-Vorstandes ins Leben gerufen.

Außerdem gründete er in den Berliner Vororten Tegel, Friedrichshagen und Lichtenberg, wo sich Berliner Wasserwerke befinden, neue Verwaltungsjohlen.

Diesen ganzen Zitate hat sich durchgängig die Mehrheit der Berufsgenossen angeschlossen; in einigen sind 75 bis 80 pct. organisiert.

Diese Erfolge wären ohne das Eingreifen des Verbands-Vorstandes nie erzielt worden. Die einzige Zitate der Gasarbeiter, welche am Ende des ersten Geschäftsjahres in Berlin

vorhanden war, besaß ungefähr 120 zahlende Mitglieder von 2500 Berliner Gasarbeitern. Diese hatte also noch eine gewaltige Arbeit für sich allein zu leisten, so daß sie sich um die Organisation der anderen städtischen Arbeiter garnicht kümmern konnte. Außerdem mangelte es ihr auch vor Allem an den nötigen Kräften, weshalb sie in dem vergangenen Geschäftsjahr auch keine Fortschritte machte, sondern zurückgegangen ist. Dann kommt der Umstand hinzu, daß in Berlin bedeutend schwieriger Agitation wegen seiner großen Ausdehnung zu betreiben ist, als in kleineren Orten. Die großen Entfernungen — die beiden Wasserwerke Tegel und Friedrichshagen liegen z. B. 4½ bis 5 Meilen auseinander — verursachen einen erheblich größeren Zeitverbrauch und auch mehr Ausgaben als in mittleren und kleineren Orten. Welche Arbeit der Verbands-Vorstand durch diese Art der Agitation zu leisten hatte, geht z. B. daraus hervor, daß der Verbands-Vorstand im Juli an 31 Versammlungen, Konferenzen und Sitzungen teilnahm. In den anderen Monaten war es ebenso oder doch ähnlich.

Auch hat der Verbands-Vorstand mit neuen noch nicht in Berlin organisierten Arbeitern Verbindungen angeknüpft, die vorläufiglich von Erfolgen begleitet sein werden.

Von Seiten der örtlichen Gewerkschafts-Kartelle wurde unsere Bewegung so gut wie garnicht unterstützt, obgleich der Verbands-Vorstand sich dieserhalb an eine ganze Reihe derselben gewandt hatte. Die meisten Kartelle hielten es nicht einmal der Mühe wert auf unsere Schreiben zu antworten. Einige erwiderten: Die städtischen Arbeiter hätten keine besondere Organisation für sich nötig, da sie sich einer anderen Vereinerung der ungelerten Arbeiter anschließen könnten.

Diese Ansicht haben wir wiederholt angetroffen und da sie von größerer Tragweite ist, wollen wir etwas näher auf dieselbe eingehen. Sie ist entweder auf völlige Unkenntnis der einschläglichen Verhältnisse oder aber auf blinden Dogmatismus zurückzuführen.

Einmal sind in den städtischen Betrieben nicht nur ungelerte Arbeiter, sondern auch gelernte Arbeiter aller möglichen Kategorien beschäftigt.

Sollen diese sich ihren Berufsverbänden anschließen? Der Maurer dem Maurer-Verband, der Zimmerer der Zimmerer-Vereinigung, der Schlosser der Metallarbeiter-Organisation, der Maler der Maler-Gewerkschaft, der Handlanger bei der Bauverwaltung der Vereinigung der Bauhilfsarbeiter, der Gasarbeiter dem Verbands der Fabrikhilfsarbeiter u. s. w.? Wäre dann überhaupt eine planmäßige Aktion zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich? Da die Berufe alle ein und denselben Arbeitgeber haben, so müssen sie, um eine erfolgreiche Gewerkschaft zu betreiben, auch eine gemeinsame Organisation besitzen.

Dann aber werden die in Gemeinbetriebenen tätigen Arbeiter von einer ganzen Reihe anderer Fragen beschäftigt, als die Arbeiter der Privatunternehmungen. Die Frage der Pensionsberechtigung und Hinterbliebenen-Versicherung, welche für die städtischen Arbeiter von großem Interesse ist, erregt z. B. nicht für die Arbeiter der Privatindustrie. — Ein sehr großer Teil der Gemeinbedienten unterliegt nicht der Arbeitervereinerungsgesetzgebung; andere wieder werden zu den Kommunalbeamten gerechnet.

Auch ist die Taktik der Gemeinde-Arbeiter bei der Vertretung ihrer gewerblichen Interessen eine ganz andere als in der Privatindustrie. Das Petitioniren bei den einzelnen Gemeindebehörden, die Beeinflussung der öffentlichen Meinung, dieses sind die Hauptwaffen der städtischen Arbeiter. Der Streik hat für sie eine viel geringere Bedeutung, als für die Arbeiterschaft im Allgemeinen.

Aus allen diesen Gründen sind ja denn auch alle Versuche zur Organisation der städtischen Arbeiter gescheitert, welche namentlich von Vereinigungen ungelerner Arbeiter, die alle möglichen Industrien umfassen, unternommen wurden.

Kommt z. B. der Verband der gewerblichen Hilfsarbeiter und fordert die Arbeiter der Kanalisation auf, sich ihrer Vereinigung anzuschließen, so wird der Kanalisations-Arbeiter sagen: „Welche gemeinsame Interessen habe ich denn mit einem Arbeiter der Anilinfabrik, der Mörtelwerke u.“ und er wird darauf antworten: „Gar keine!“

Es ist nicht abzuleugnen, daß in dieser Antwort ein Theil sehr gesunden Instinktes vorhanden ist.

Eine Organisation, welche nicht die Vorbildungsschule für eine bestimmte Partei sein will, sondern eine Vereinigung zur Vertretung der beruflichen Interessen, darf nie alle möglichen Industrien mit ganz verschiedenen Arbeitgebern, ganz verschiedener Gewerbepolitik und ganz verschiedener gewerkschaftlicher Strategie umfassen, da sie dann ihre Aufgabe nicht erfüllen kann.

Denjenigen Gewerkschaftsleitern — örtlicher und zentraler Natur —, welche einer besonderen Organisation der städtischen Arbeiter feindlich gegenübersehen, können wir nur das Studium der englischen Gewerkschaftsbewegung empfehlen. Sie würden dann wohl einsehen, daß die von uns vertretenen Ansichten sich dort durch eine langjährige Praxis als richtig erwiesen haben.

Die Menschen und die Verhältnisse müssen immer so genommen werden wie sie sind und nicht wie man sie sich im Dunstschimmel theoretischer Phantasien zusammenmalet.

Eine Ausnahme in dem Verhalten der Gewerkschafts-Kartelle machten die von Mainz, Pforzheim, Darmstadt und Stuttgart. In Mainz und Pforzheim stellten sich sogar die Leiter der Kartelle an die Spitze unserer Bewegung, wofür wir denselben hierdurch unseren innigsten Dank aussprechen. Besonders Mainz hat sich gut entwickelt.

Gelegentlich einer Agitationstour nach Hamburg versuchte der Verbands-Vorstand in Altona Fuß zu fassen. Durch die Drohung des dortigen Oberbürgermeisters Jedem zu entlassen, der sich dem Verbande anschließen würde, kam eine Verwaltungsstelle nicht zu Stande.

Dann versuchte die Mannheimer Filiale in Ludwigshafen a. Rh. und Darmstadt Filialen ins Leben zu rufen. In Ludwigshafen a. Rh. gelang es, in Darmstadt nicht, da nach der ersten Versammlung sofort Maßregelungen vorgenommen sind. Wünschenswerth ist es, daß auch andere Filialen sich in der gleichen Weise wie Mannheim betätigen und in ihren Nachbarorten für unsere Bewegung wirken.

Eingegangen sind in dem verfloffenen Geschäftsjahr die Filialen in Erfurt, Hamburg und Schöneberg.

Ueber die Ursachen des Eingehens der Erfurter Filiale haben wir Bestimmtes nicht erfahren können. Einige Monate bevor die Filiale einschiel, schrieb uns die Ortsverwaltung, daß wegen der Krankengeldfrage Differenzen ausgebrochen wären. Später erhielten wir von anderer Seite Mittheilungen, die Folgendes besagten: Der Vorstand hätte im Einvernehmen mit der Direktion des dortigen Gaswerkes gehandelt und die Filiale absichtlich zu Grunde gehen lassen. Was an dieser Behauptung wahr ist, können wir nicht feststellen. — Wäre der Gründer der Filiale, Kollege H. Krause, nicht verunmündet, so daß er lange Monate im Krankenhause zubringen mußte, so hätte die Erfurter Bewegung wohl einen anderen Verlauf genommen.

In Hamburg fehlte es vor Allem an den nöthigen Kräften. Die Leitung der dortigen Filiale glaubte ihre Schuldigkeit gethan zu haben, wenn sie hin und wieder einmal eine Versammlung einberief. Alle Vorschläge, die wir der Leitung zur Betreibung intensiver Agitation machten, fielen auf unfruchtbaren Boden und so mußte schließlich die Bewegung zusammenbrechen.

Die Filiale Schöneberg ging zum Theil wegen der schon im vorigen Geschäftsjahr stattgefundenen Maßregelung der Vorstandsmitglieder zu Grunde, zum Theil jedoch auch durch das Verhalten des Vorsitzenden, dem man in moralischer Beziehung nicht viel Gutes nachsagte.

Im Allgemeinen hat unsere Bewegung in dem verfloffenen

Geschäftsjahr erfreuliche Fortschritte gemacht. — Am Ende des Geschäftsjahres 1896/97 besaßen wir 10 Filialen mit 924 Mitgliedern, ultimo September 1898 dagegen 21 Filialen mit 1601 Mitgliedern.

Maßregelungen und Chikane.

Wenn wir unter diesen Abschnitt alle diejenigen Vorkommnisse registriren wollten, die sich im vergangenen Geschäftsjahr direkt oder indirekt gegen unsere Organisation richteten, so müßten wir wohl ein dickes Buch darüber schreiben.

Die Stellung, welche die einzelnen Gemeinden gegenüber unseren Verband einnehmen, hängt immer von der dominirenden politischen Partei innerhalb der betreffenden Gemeindeverwaltung ab. Herrscht in dem Gemeindefolgekollegium der Konservatismus oder Nationalliberalismus, so tritt man meistens direkt gegen unsere Bewegung auf und sucht eine Organisation der städtischen Arbeiter unmöglich zu machen. Dominiert dagegen der Freisinn, die Demokratie oder das Centrum, so duldet man mit Rücksicht auf sein Parteiprogramm unseren Verband, obgleich man es durchgängig sehr ungern sieht, daß die Gemeinde-Arbeiter sich organisiren. Doch haben wir in diesen Gemeinden fortgesetzt Differenzen mit den unteren oder mittleren Beamten aufzuweisen. Sie wollen es absolut nicht dulden, daß die Arbeiter sich vereinigen und überschreiten dann ihre Nachbesugnisse. Die verantwortlichen Gemeindebehörden sehen diesem Treiben oft mit großer Schadenfreude zu. Haben dann die Differenzen einen zu ernsten Charakter angenommen, dann erklärt man schließlich: die Uebergriife der unteren Organe nicht billigen zu können und erläßt widerwiltig Verordnungen, die derartige Vorkommnisse zukünftig unterlagen.

Ende Januar er. beschlossen die städtischen Arbeiter Altonas, unseren Verbande beizutreten. Einige Zeit darauf ließ der Direktor des dortigen städtischen Gaswerkes die Arbeiter zusammentreten und eröffnete ihnen Folgendes:

„Im Antrage der Direktion der Gas- und Wasserwerke und des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Giese hoffen wir, daß keiner der städtischen Arbeiter dem Verbande der Gas- und Wasserwerksarbeiter beitrete, und da ich gehört habe, daß von meinen Arbeitern einige bereits dem Verbande angehören, fordere ich diejenigen auf, bis zum 1. Juni aus demselben auszutreten. An dem genannten Tage werde ich Jedem fragen, ob er ausgetreten ist, wer dieses nicht gethan hat, wird entlassen.“

Der eigentliche Urheber dieser widerrechtlichen Verordnung ist wohl Herr Dr. Giese, der nicht nur Oberbürgermeister von Altona, sondern auch konservativer Landtagsabgeordneter ist. Dieser Herr sprach einst im preussischen Abgeordnetenhaufe von der „brutalen Gewalt“, von dem „Terrorismus der Arbeiter“ und von der „persönlichen Freiheit des Arbeiters, die er wahren sollte!“ — An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Derselbe Mann tritt aber mit brutaler Gewalt, mit einem unbeschreiblichen Terrorismus gegen die ihm unterstellten Arbeiter auf, nimmt ihnen ihre persönliche Freiheit und ihre Rechte als Staatsbürger. Doch das ist ja bei den Stumm's und Stümmelungen nichts Neues!

In Darmstadt wurden sofort nach der ersten Versammlung, die dort stattfand, 3 Gasarbeiter, welche nur wenige Worte gesprochen hatten, von Seiten ihres Direktors entlassen. Das Gewerkschafts-Kartell richtete darauf eine Beschwerde an den Bürgermeister, erhielt aber keine Antwort. Bemerkte man hierbei noch werden, daß der Darmstädter Bürgermeister, Herr Morneweg, sonst sehr arbeiterfreundlich sein will. So hat er z. B. dem Gemeindefolgekollegium einen Antrag unterbreitet, der für die Gemeindearbeiter Ruhegehälter u. verlangt. Wie hängt diese Arbeiterfreundlichkeit aber mit seinem Verhalten in der Maßregelungsfrage zusammen? Solche Sorte Arbeiterfreundlichkeit ist denn doch etwas sehr zweifelhaften Charakters.

In Charlottenburg wurde der Kassirer wegen Arbeitsmangel entlassen, nachdem im vorigen Jahre auch schon der Vorsitzende und Schriftführer wegen Arbeitsmangel gehen mußten. Wenige Tage vor der Entlassung des Kassirers kam der Vorarbeiter Wilde zu ihm heran und sagte: „Strahl — so heißt der Gemäßregelte — Sie haben den Kassirerposten angenommen, das kann böse Folgen für Sie haben; der Assistent Piller ließ mich schon rufen und hat sich näher nach Ihnen erkundigt.“

Der Verbands-Vorstand führte wegen dieser Maßregelung Beschwerde bei dem Charlottenburger Magistrat, worauf derselbe antwortete, daß eine eingehende Untersuchung unsere Behauptung nicht bestätigt hätte. Sondernbar! Entweder hat dann der Vorarbeiter Wilde dem Gemäßregelten etwas vorgeschwindelt,

oder bei der Untersuchung ist nicht die Wahrheit von irgend einer Seite gesagt worden.

In den Betrieben der **Berliner Kanalisations-Werke** sind gleichfalls Maßregelungen vorgekommen.

Der Kanalarbeiter Jäger wurde wegen einer ganz geringfügigen Sache entlassen und bei der Kündigung äußerte sich der Betriebsinspektor wie folgt: Sagen Sie nur Ihren Kollegen, daß wir auf Ihren Streikfonds und auf ihre Organisation pfeifen. Aus dieser Auslassung schlossen die Arbeiter, daß es sich um einen Schlag gegen die Organisation handele und luden die Direktion vor das Einigungsamt des Gewerbegerichts. Die Deputation der Kanalisationswerke erklärte darauf dem Gewerbegericht, daß sie nach der jetzigen Entwicklung der Dinge der Anrufung keine Folge leistet. Den Beamten war nämlich unterdessen eine Verfügung zugegangen, die besagte, daß wegen der Zugehörigkeit zu einer beruflichen Vereinigung keine Maßregelungen stattfinden dürfen. Außerdem hatte Jäger bei einem Privatunternehmer, der für die Bauverwaltung der Kanalisation Arbeiten ausführte, Beschäftigung gefunden. So ganz zufällig wird das wohl nicht gewesen sein; es müssen sich da wohl einige Dinge hinter den Kulissen abgespielt haben, zumal dann Jäger gar nicht mehr auf seine Wiedereinstellung drang. — Dann spielte sich kurz darauf, ehe noch die Jäger'sche Angelegenheit erledigt war, eine andere Maßregelungsaffäre in demselben Betriebe ab.

Der Kanalarbeiter Wichert von der 12. Pflanzstation hatte in einer Versammlung erzählt, daß er sich auf eine Meldung des Aufsehers beim Inspektor verantworten wolle, daß der Inspektor ihm aber das Wort abgeschnitten habe mit der Bemerkung: Halten Sie den Mund. Sie haben gar nichts zu sagen. Diese Angelegenheit ist ohne Zutun des betreffenden Arbeiters in die Presse und dadurch zur Kenntnis des Betriebsdirektors Adams gekommen. Herr Adams hat das Verhalten des Arbeiters als eine Verletzung des Betriebs-Geheimnisses erklärt und Wichert wurde entlassen.

Diese Angelegenheit ist bisher noch nicht erledigt.

Im September etc. richteten die Arbeiter der **städtischen Berliner Wasserwerke** an ihre vorgesetzte Direktion eine Petition, in welcher um Erhöhung der Löhne und Abkürzung der Arbeitszeit gebeten war. Wenige Tage darauf ließ Herr Ingenieur Anklam von dem Friedrichshagen'schen Werke den Vorstand unserer dortigen Verwaltungsstelle zu sich kommen, stellte ihn wegen der eingebrachten Petition zur Rede und legte ihm den Austritt aus dem Verbände nahe. Schließlich erklärte er noch am Ende der Unterredung: „Solche Elemente würde ich in meinem (!) Betriebe nicht“.

Der Verbands-Vorstand richtete darauf ein Schreiben an Herrn Anklam, in dem er auseinandersetzte, daß seine Arbeiter das Recht der Koalition besitzen und er sich beschwerdeführend an die höheren städtischen Behörden wenden müsse, falls Herr Anklam ihnen dieses Recht nehmen wolle. Jetzt trat Ruhe ein; jedoch sind im gegenwärtigen Geschäftsjahr von Neuem Differenzen mit dem genannten Herrn ausgebrochen.

Derartige Schreiben, wie oben erwähnt, hat der Verbands-Vorstand in größerer Zahl an untere und mittlere Beamten senden müssen, die unserer Organisation entgegenzutreten. Meistens halten dieselben. Daß in Berliner Gemeindebetrieben sich Beamte einstellen und große Reden gegen unseren Verband halten, ist an der Tagesordnung. Heute geschieht es hier, morgen da. — Dann bekunden diese Herren dabei oft ein überaus warmes Herz für ihre Arbeiter! „Kaffen Sie sich doch nicht von diesen Kunwiegeln um Ihre wohlverdienten Groschen betrügen!“ so und ähnliches unsinniges Zeug wird Tag für Tag verzapft.

Der Leiter eines Berliner städtischen Werkes erklärte zu einigen seiner Arbeiter: „Ich weiß sehr gut, daß ich Sie wegen der Zugehörigkeit zum Verbände nicht entlassen darf, aber es gibt noch andere Gelegenheiten, wo ich dieses kann!“

Die vorgenommenen Maßregelungen und fortgesetzten Obliegenheiten müssen wir auf das Schärfste verurteilen, zumal wir stets in ruhiger, sachlicher Weise bei allen auftauchenden Differenzen vorgingen. Doch Dummheit, Brutalität, Selbst- und Herrschsucht hat ja von jeder jedem Kulturfortschritt gewaltige Hindernisse in den Weg gelegt. Auch unsere Bewegung, die eine nicht unerhebliche Arbeiterkategorie auf eine höhere Kulturstufe bringen will, auch die muß mit denselben Umständen rechnen. Opfer fordert jede gerechte Sache.

Nemehr sich aber die Bewegung ausbreitet — nicht nur die unglückliche, sondern auch die der anderen Seite — je größer wird die Macht derselben. Die Gewaltmenschen, welche durch offene oder versteckte Brutalität gegen die gerechte Sache der arbeitenden

Bevölkerung auftreten, werden dann von der Bildfläche verschwinden, oder sich zu einer anderen Handlungsweise bequemen müssen, und eine gestützte Kampfweise wird Platz greifen.

Lohnbewegungen, Erfolge etc.

Das Wirken der gewerkschaftlichen Vereinigungen bedingt, sobald diese eine bestimmte Stärke erreicht haben, immer eine Reihe von Erfolgen, die weniger zu denjenigen gehören, weshalb die Masse eigentlich sich organisiert hat und die auch nicht zahlenmäßig nachzuweisen sind und ganz klar darliegen. Das kriechende, speichelckerische Wesen der Arbeiter läßt nach und viele fangen an sich mit Fragen öffentlicher oder wissenschaftlicher Natur in ihrer Mußezeit zu beschäftigen, die für sie früher gar nicht existierten. So tritt eine ganz erhebliche kulturell-moralische Hebung der betreffenden Schichten ein.

Auch wir können über derartige Erfolge berichten. In vielen Betrieben herrscht heute einmal eine ganz andere Behandlungswelt und die Arbeiter selbst wurden viel kollektiver. Auch sind viele Uebergriffe der Beamten unbedingt wegen des Bestehens der Organisation unterblieben. Man fürchtet, daß diese dieselben an die Öffentlichkeit bringt und unterläßt sie daher. Aber auch über Erfolge auf anderen Gebieten können wir referieren.

Die **Mannheimer Laternen-Anzähler** traten im August 1897 in eine Bewegung zur Erhöhung höherer Löhne ein. Diese Bewegung erreichte im Oktober dadurch ihr Ende, indem die Laternen-Anzähler eine monatliche Zulage von 6 Mk. und außerdem Dienstmäntel und Mützen bewilligt erhielten.

Die organisierten städtischen Arbeiter von Ludwigshafen a. Rh. erhielten ihre Forderung betreffs der Einführung der achtstündigen Lohnzahlung bewilligt. Auch wurde den Gasarbeitern seitens der Gasverwaltung eine Lohnerhöhung zu Teil und zwar den Gasarbeitern eine solche von 10—20 Pf., den Feuerhausarbeitern eine solche von 20—40 Pf.

Die **Berliner Gasarbeiter** inszenierten im März 1898 eine Bewegung zur Bewilligung der 18stündigen Wochensicht während der Sommermonate. In der 2. und 4. städtischen Anstalt war die 18stündige Schicht während der Sommermonate schon seit 2 Jahren besetzt, in der 1., 3. und 5. jedoch nicht. Den Arbeitern der 1. Anstalt bewilligte man die Forderung, da sie in ihrer großen Mehrzahl für die Bewilligung der 18 Stunden eintraten; in der 3. und 5. gelangte sie nicht zur Durchföhrung, weil bedauerlicherweise ein großer Teil der Arbeiter sich der Forderung gegenüber vollständig indifferent zeigten.

Die **Mannheimer Gasarbeiter** verlangten die Einführung des Achtstündentages. Diese Forderung wurde abgelehnt, dagegen den städtischen Feuerhausarbeitern, die über ein Jahr davor beschäftigt sind oder sonst Gründe für die Bewilligung sprechen, eine Lohnzulage von 50 Pf. pro Tag gewährt. Die Gemeindeverwaltung hat durch diese Bewilligung 7000 Mark an Löhne für die genannten Arbeiter mehr auszugeben als früher. Da die Handwerker des Gewerks von dieser Lohnzulage nichts erhielten, verlangten sie später gleichfalls eine Erhöhung ihrer Löhne. Im September 1898 wurden ihnen 20 Pf. pro Tag bewilligt.

Die **Mannheimer städtischen Arbeiter** (Gasarbeiter, Handwerker, Laternenanzähler, Arbeiter des Reinigungsamtes, der Drehbrücke etc.) unterbreiteten im Mai 1898 den höheren städtischen Behörden eine Reihe von Forderungen, die sich namentlich auf die Löhne bezogen. Das Gemeinde-Kollegium setzte hierauf eine Spezialkommission ein, welche eine Regelung der fraglichen Verhältnisse vornehmen sollte. Diese Körperschaft hat bisher ihre Arbeiten noch nicht beendet und sind direkte Zugeständnisse auch noch nicht erfolgt. Jedoch werden solche aller Wahrscheinlichkeit nach gemacht werden, da die Spezialkommission schon den Beschluß gefaßt hat, die Einführung der Pensionsberechtigung und Unterliegenden-Versorgung für die städtischen Arbeiter dem Gemeinde-Kollegium zu empfehlen und eine bezügliche Vorlage bereits ausgearbeitet ist.

In **Magdeburg** unterbreiteten die Gasarbeiter der höheren Verwaltungsbehörde einige Forderungen in Betreff der Löhne und der Arbeitszeit. Diese Bewegung hat ihren Abschluß noch nicht erfahren.

In **Berlin** traten die Arbeiter der Kanalisations-, der Wasserwerke, der Markthallen, des Schlachthofes und Viehhofes und die Laternen-Anzähler in Lohnbewegungen ein. Die hauptsächlichsten Forderungen drehten sich um Erhöhung der Löhne, außerdem forderte man die Verkürzung der

(Fortsetzung der Lohnbewegungen in der Beilage.)

Kassen-Bericht.

Einnahme und Ausgabe der Verwaltungskassen. (1. Oktober 1897 bis 30. September 1898.)

Verwaltungs-Belle	Einnahme										Ausgabe									Mitglieder		
	Grundsatz-Berechnung	Ein-geld	Gründer-Geld	Wit-tel	Besitz-erwerb	Gründer-Einnahme	Gründer-Einnahme	Gründer-Einnahme	Gründer-Einnahme	Gründer-Einnahme	Gründer-Einnahme	Gründer-Einnahme	Gründer-Einnahme	Gründer-Einnahme	Gründer-Einnahme	Gründer-Einnahme	Gründer-Einnahme	Gründer-Einnahme	Gründer-Einnahme		Gründer-Einnahme	Gründer-Einnahme
Berlin I.)		6 75	387 45	58 30		432 55	295				14 90									419 80	32 75	74
II.)		35 25	533 20			568 45	123 50				22 45									465 70	122 75	112
III.)		4	245 10			249 10	46				3 95									183 90	65 20	100
IV.)		4 50	165 75			177 05					3 45									96 75	80 30	65
V.)		6 75	121 80			128 55					5 80									73 51	55	67
VI.)		9 25	420 30			444 55	12				13 70									250 90	193 65	265
VII.)		43 75	77 85			121 60					60									89 25	32 35	173
Charlottenburg	1 10		91 35	29 60		122 05	42				8 35									106 55	15 50	17
Grüner	11 49		68 25	3 10		122 57														89 68	32 89	
Freibrichshagen		8 75	139 35			148 10	27 50				9 80									114 80	33 30	
Hamburg	178 30		152 40			334 50					144 45									319 40	35 10	42
Königsberg i. Pr.	44 43		233 50			311 48	35				17 63									192 83	118 65	65
Niedenberg			96 60			103 60					7 70									59 50	44 10	44
Subwassboiten a Rh.						306 75	58				14 11									246 49	60 26	40
Wagdeburg	10 35		278 25			406 75	33				61 55									345 33	95 02	46
Wamg	57 25		518 70	120 30		996 25	384				138 04									462 21	990 75	166
Wannheim I.	134 42		598 55			1442 42	142 84				116 62									1057 50	54 92	105
Wannheim II			5 55	138 95		144 50	51				24 01									147 53	16 91	60
Wannheim III			12 50	83 55		96 05	27				7 50									45 27	77 71	10
Wannheim IV			1 50	159 30	7 00	160 60	104				3 37									67 55	174 92	11
Wannheim V			6	254 10		260 10	108 50				2 15									133 20	243 85	36
Wannheim VI			9 75	39		48 75					3 45									24 37	27 82	34
Wannheim VII			49 25	170 55		180 75	12				9 75									94 53	116 28	69
Wannheim VIII			81	158 03		239 03														239 03	64 27	
Summa	423 83	6092 48	218 90		258 23	7400 21	1405 34	80			628 39	75	59 80	21 70	3613 56	6160 04	1240 13	1 001				

Anmerkungen. 1) Gekorbetter. 2) Sanalitions-Arbeiter. 3) Wollverwerk-Arbeiter. 4) Deeminiklore. 5) Marktbadens-Arbeiter. 6) Paternen-Arbeiter. 7) Schlaßler und Bierhöre-Arbeiter. 8) Die Gültale ist eingezogen. 9) Gleichfalls eingezogen.

Einnahme und Ausgabe des Verbands-Hauptkassens.

Einnahme	Ausgabe	Hauptkasse
Reich bei dem Jahresabschluss 1896/97	319 76	3950 46 RM.
Grundergeld, abgeführte Beiträge der Altalen und Jungbeiträge	3613 85	2587 24 "
Agitationsof. d. d.	16 85	Bleibt Bestand . 1363 22 RM.
Summa	3950 46	
Summa	3950 46	

Die Abrechnung der Hauptkasse ist von uns geprüft und richtig befunden, Bücher und Belege waren in Ordnung und der angegebene Vorkurs vorhanden.

Der Kassenschaß.
J. A.:
Hannenburg. H. Siebig.

Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Nr. 1.

Berlin, 7. Januar 1899.

3. Jahrg.

Zusammenstellung der Gesamt-Einnahmen u. Ausgaben des Verbandes.

Einnahme.	
Einnahme der Filialen	7400,21 Mk.
Beitrag der Hauptkasse von 1896/97	319,76 „
Agitationsfonds	16,85 „
Summa	7736,82 Mk.
Ausgabe.	
Ausgabe der Verwaltungskosten	2546,23 Mk.
Ausgabe der Hauptkasse (Verbandsvorstand)	2587,24 „
Verlust Erfurt und Hamburg	67,99 „
Summa	5201,46 Mk.
Ab schluß.	
Gesamt-Einnahme	7736,82 Mk.
Gesamt-Ausgabe	5201,46 „
Gesamt-Bestand	2535,36 Mk.
Davon in den Verwaltungsstellen	1172,14 „
„ „ der Hauptkasse	1363,22 „

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt Seite 3.)

Arbeitszeit, Einführung von Arbeiter-Ausschüssen, Arbeitsordnungen und andere untergeordnete Dinge. — Von diesen Bewegungen ist noch keine beendet, da, soweit man Zustände machen will, diese erst am 1. April 1899 mit dem Beginn des neuen Geschäftsjahres der Stadt Berlin ins Leben treten sollen.

Nur den Kanalisations-Arbeitern hat man bereits einige außerordentliche Zugeständnisse gemacht. Die Kanalarbeiter, welche über 10 Jahre bei den Kanalisations-Werken thätig waren, erhielten eine tägliche Lohnzulage von 25 Pf. und die unter dreijähriger Thätigkeit von 5—10 Pf. Der Vorsitzende der Deputation für Kanalisations-Werke, Herr Stadtrath Marggraf, versprach ferner einer Kommission der Arbeiter, dafür einzutreten, daß bereits nach sechsjähriger Thätigkeit die Zulage von 25 Pf. erfolgt. Hoffentlich hat der Herr Stadtrath sein Wort und wirkt im Sinne seines Versprechens. Auch soll zwischen der Tages- und Nachtschicht den Arbeitern möglichst die geforderte sechsstündige Ruhe gewährt und sie nach Verrichtung ihres Arbeitspensums sofort entlassen werden. Dann hat man den Betriebsarbeitern — Heizer, Fuhrer, Kohlenfarrer, Dampfkocher etc. — eine tägliche Lohnzulage von 20 bis 40 Pf. angekündigt, die am 1. Januar 1899 in Kraft treten soll. Auch ist ihnen versprochen worden, die Arbeitszeit bei Nacht auf 10 Stunden herabzusetzen.

Dann sind durch einzelne Filialen noch eine Reihe kleinerer Uebelstände beseitigt worden, deren besondere Ausführung und Schilderung zu weit gehen würde.

Mit den Erfolgen, die wir trotz der Jugend unserer Bewegung in dem vergangenen Geschäftsjahr betreffs der Verbesserung der Lebenslage unserer Berufsgenossen erreicht haben, können wir voll und ganz zufrieden sein und mit Stolz auf dieselben zurückblicken. Ohne Streiks, ohne sonstige größere Differenzen sind den vorgehenden Kollegen oft bedeutende Zugeständnisse gemacht worden. Hoffentlich werden die Bewegungen, welche gegenwärtig noch nicht beendet sind, und auch die zukünftigen von gleichen Erfolgen gekrönt. Dazu ist aber — das darf nie vergessen werden — eine starke Organisation notwendig, die ruhig und besonnen vorgeht.

Allgemeines.

Mit dem Wachsen unserer Bewegung vergrößerten sich auch ganz natürlich die Bureau- und sonstigen Arbeiten, die der Verbands-Vorstand zu erledigen hatte.

Bei dem Vorsitzenden des Verbandes liefen 371 Briefe und Karten ein und 1369 gingen aus. In diesen Zahlen sind die Sendungen betreffs der Zeitung, die sich auf viele hunderte belaufen, nicht mit inbegriffen.

Da die Gehälter der besoldeten Beamten des Verbandes nach dem Beschluß der 1. Generalversammlung von dem Verbands-Vorstand und dem Ausschuß bis zur nächsten Generalversammlung zu bestimmen sind, so handhabten die genannten Körperschaften diese Angelegenheit derartig, daß die Gehälter von Quartal zu Quartal bestimmt wurden. Der Vorsitzende erhielt vom 1. April 1898 ab ein monatliches Gehalt von 70 Mk. und der Kassierer von 5 Mk.

Einen großen Theil seiner Arbeitskraft verwandte der Vorsitzende im Dienste der Agitation; mit diesem Umstand trifft auch der Aufschwung der Berliner Bewegung zusammen.

Durch den Tod verloren wir die Mitglieder Grollmisch und Degen.

Da unsere Verbandsstatuten verbesserungsbedürftig sind, so beschäftigte der Verbands-Vorstand sich auch mit dieser Frage. Nachdem er jetzt einigermaßen die Ansichten der einzelnen Filialen kennen gelernt hat, wird den Verwaltungsstellen in den nächsten Wochen eine bezügliche Vorlage zugehen.

Auf dem Gebiet der Statistik wurden durch den Verbands-Vorstand Erhebungen über die Lage der Berliner Kanalisations-Arbeiter veranstaltet. Die Ergebnisse sind in Nr. 12 der „Gewerkschaft“, Jahrg. 1898, veröffentlicht worden.

Bedenken müssen wir die Nachlässigkeit einiger Filialen. Nicht nur, daß dieselben oft Monate und Monate mit den Quartals-Abrechnungen auf sich warten lassen, sondern auch in der Korrespondenz verhalten sie sich ebenso. — Wir wollen sparen, so antwortet uns eine Filiale, die wir 5 mal um Auskunft in einer Sache gebeten haben! Auch die Quartals-Abrechnungen lassen betreffs der Korrektheit noch viel zu wünschen übrig.

Wenn auch die finanziellen Leistungen unserer Mitglieder bedeutend minimaler sind, als in anderen Organisationen — der Verbands-Vorstand erhält bei uns nur 7½ Pf. pro Woche und Kassi, in anderen Verbänden dagegen 10—15 Pf. —, so können wir mit dem Verlauf unserer Bewegung doch sehr befriedigt sein, indem wir einen erheblichen Fortschritt aufzuweisen haben. Folgende Zahlen sollen dieses noch näher veranschaulichen:

1896/97	1897/98
Filialen	Filialen
10	21
Mitglieder	Mitglieder
924	1601
Gesamt-Einnahme	Gesamt-Einnahme
3495,20 Mk.	7736,82 Mk.
Gesamt-Ausgabe	Gesamt-Ausgabe
2712,45 Mk.	5201,46 Mk.
Gesamt-Vermögen	Gesamt-Vermögen
728,75 Mk.	2535,36 Mk.

Verbandskollegen! Haltet in dem neuen Geschäftsjahr nicht nur treu und fest zu unseren Verbänden, sondern arbeitet auch unangeseht an der Ausbannung und Beseitigung derselben. Es ist nicht nur ein gerechtes, sondern auch ein schönes Ziel, für das Ihr thätig seid.

Bergeeist nie die Worte:

„Nur in der Einigkeit, nur in der Organisation, da liegt unsere Macht und Zukunft!“

Für den Verbands-Vorstand:

H. Pörsch, P. Pöschert,
Vorsitzender, Kassierer.

Korrespondenzen.

Magdeburg. Die hiesige Filiale hielt am 15. Dezember im Vereinslokal eine gut besuchte Versammlung ab. Unter Punkt 1. Kassenbericht, gab der Kassierer einen genauen Bericht, welcher eine Einnahme von 236,35 Mk. aufwies, dieser stand eine Ausgabe von 141,83 Mk. gegenüber, somit verblieb ein Kassenbestand von 95,02 Mk. Hierauf wurden dem Kassierer Vorwürfe gemacht, daß die Abrechnungen vom II. und III. Quartal noch nicht an

den Haupt-Vorstand abgeschickt worden sind, welches doch immer im 1. Quartals-Monat zu geschehen hat.

Zum 2. Punkt wurde von Herrn H. Vistorius ein Vortrag über: „Die Wirtschaftsverhältnisse des deutschen Arbeiters“ gehalten.

Zum 3. Punkt „Bereinsangelegenheiten“ wurde ein Brief des Haupt-Vorstandes verlesen, worin selbiger den lauen Briefverkehr rügt, welchen der hiesige Orts-Vorsitzende mit dem Zentral-Vorstand führt. Es entspann sich eine kleine Debatte hierüber, in welcher der Vorsitzende erklärte, daß er nur in ganz wichtigen Fällen schreibe. Nun wurde noch die Krankenunterstützungsfrage erörtert. Das Resultat der Diskussion ergab Folgendes: Der Verband ist nur eine Kampfs- und keine Unterstützungs-Organisation; es soll aber erst in nächster Versammlung ein definitiver Beschluß gefaßt werden, weil dieselbe vermutlich von Mitgliedern der anderen Tour besucht wird. Eine Anfrage an den Vorsitzenden, ob der Magistrat noch keinen Bescheid über die im August gestellte Lohnforderung abgegeben hat, mußte mit nein beantwortet werden. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung um 11 1/2 Uhr.

Anmerkung der Redaktion. Von Kampfsvereinigung und keiner Unterstützungsorganisation hat man in der Magdeburger Versammlung gesprochen. Wir bewundern den Optimismus der Magdeburger, die, trotzdem die meisten sogenannten „Kampfsvereinigungen“ nur dem Namen nach bestehen — ihre Mitglieder kommen und gehen ständig, ein größerer fester Mitgliederbestand ist nicht vorhanden — noch immer daran glauben, daß die Masse auch ohne Unterstützungsvereinigungen dauernd gewonnen werden wird. Die Schanden sind anderer Meinung! Eine gewerkschaftliche Vereinigung kann Kampfs- und Unterstützungsorganisation sehr gut zugleich sein. Oder meint man, daß diejenigen Filialen unseres Verbandes, welche Unterstützungen zahlen und schon nicht unerhebliche Erfolge erreicht haben, keine Kampfsvereinigungen wären?!

Stuttgart. Am 13. Dezember fand hier eine gut besuchte Versammlung der Laternen-Anzünder statt, in der Kollege König über den Nutzen der Organisation referierte. — Am 22. Januar findet hier, Mittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus eine General-Versammlung statt.

Aus unserem Beruf.

Die **Berliner Wasserwerks-Arbeiter** haben wegen der Maßregelung des Vorsitzenden der Verwaltungsstelle Friedrichshagen bei Berlin das Eingeklagte des Gewerbegerichts an-gerufen.

Die **städtischen Kollegien in Dresden** lehnten auf Vorschlag des Stadtrathes ein Gesuch der in städtischen Diensten stehenden Arbeiter um Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse rundweg ab. Die Arbeiter hatten in Form einer Petition um Folgendes nachgesucht: Gewährung zehnjähriger Arbeitszeit; Abschaffung der Nachtarbeit für Arbeiter, welche am Tage schon gearbeitet haben; Mindestlohn von 85 Pf. pro Stunde, für Ueberstunden 25 pCt. Zuschlag; wöchentliche Lohnzahlung; Gewährung eines freien Tages im Monat an die Arbeiter der Betriebe, in welchen die Sonntagsruhe nicht durchführbar ist. An der Ablehnung dieser für eine Großstadt höchst bescheidenen Forderungen erkennt man die Arbeiterfreundlichkeit des Stadtrathes zu Dresden.

Die **Stadterverwaltung von Karlsruhe** hat beschlossen, den städtischen Arbeitern nach zehnjähriger, ununterbrochener Beschäftigung Anspruch auf dauernde Anstellung und Ruhegehalt zu verleihen. Die jährliche Mehrbelastung des Stadthaushalts hierdurch wird einweilen auf durchschnittlich 25 000 Mk. an-genommen.

Für die **städtischen Arbeiter in Schaffhausen** (Schweiz) sollen nach den Anträgen der großstadtrathlichen Rechnungs-Prüfungs-Kommissionen die Arbeitsverhältnisse wie folgt gestellt werden: tägliche Maximalarbeitszeit von 10 Stunden, Lohnzuschlag für Ueberstunden, Sonntags- oder Nachtarbeit das 1 1/2 fache des gewöhnlichen Lohnes, nach einjähriger Dienstzeit während des Militärdienstes für drei Wochen der volle Lohn, bei längerem Dienst ledige Arbeiter 50 pCt. und verheiratete 75 pCt. des Lohnes.

Rundschau.

Vor dem Gesch sind alle Personen gleich. Unlängst ist in Dresden ein Maurer zu sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurtheilt worden, weil er zu einem

Unternehmer gesagt hatte: „Wenn Sie nicht 45 Pf. Lohn pro Stunde zahlen, sorgen wir dafür, daß vier Wochen kein Maurer auf den Bau kommt.“ — Zu diesem Urtheil bemerkt die „Ethische Kultur“:

„Man muß einer solchen Thatsache nur die andere gegen-überstellen, daß kürzlich ein Graf von Stolberg, der einen Sol-daten zuerst in unflätiger Weise beschimpft, dann als dieser sich devot zu rechtfertigen suchte, ihn niedergestochen hatte, nur zu Festungshaft und keineswegs zu irgend welchem Ehrverlust ver-urtheilt wurde. Und solcher interessanter Gegenüberstellungen ließen sich noch eine ganz erkleckliche Zahl anführen.“

Man sollte doch nun aber auch endlich den Muth der Kon-sequenz haben und schleunigst einen Antrag bei den jetzt-gebenden Faktoren einbringen, daß der Paragraf der Verfassung, nach welchem alle Staatsbürger vor dem Gesetze für gleich erklärt werden, aufgehoben sei. Denn solche „veraltete, Be-stimmung paßt doch nicht mehr zu dem herrschenden Geiste des „praktischen Christenthums“ und seiner tieferen sittlichen An-schauungsweise, daß man stets zwischen den Guten und Schlech-ten, d. h. den Staatsfrommen und den unruhigen Bürgern, zu wach-ersten immer die Hochgeborenen, zu wach- letzten von vornherein gewöhnliche Arbeiter gehören, sein unterscheiden und jenen möglichst alles, diesen möglichst nichts hingehen lassen müsse.“

Achtung! Mitglieder Berlin III.

(Wasserwerks-Arbeiter.)

Die Geschäfte des Kassirers werden bis auf Weiteres vom Schriftführer, Kollegen Volkmann, Rykestraße 22 geführt. Sprechstunden Sonntags von 10—12 und Wochentags Abends von 7—8 Uhr. Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeiger.

Berlin II. (Kanalisations-Arbeiter). Fällt der kombinierten Versammlung wegen aus.

Berlin III. (Wasserwerks-Arbeiter). Fällt aus.

Berlin IV. (Desinfektoren). Alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monats Abends 8 Uhr bei Behrendt, Manteuffelstr. 95.

Berlin V. (Markthallen-Arbeiter). Sonntag, den 8. Januar, Nachmittags 5 1/2 Uhr bei Lange, Dragonerstr. 15.

Berlin VI. (Laternen-Anzünder). Montag, den 23. Januar, Abends 7 1/2 Uhr, „Englischer Garten“, Alexanderstr. 27a.

Berlin VII. (Schlach- und Viehhofs-Arbeiter). Dienstag, den 10. Januar, Abends 7 Uhr, Frankfurter Allee 174.

Charlottenburg. Donnerstag, den 12. Januar, Abends 8 Uhr, bei Meyer, Wallstraße 96.

Friedrichshagen. Sonntag, den 8. Januar, Abends 7 Uhr, Feent. 99.

Rönigsberg i. Pr. Jeden 1. Montag im Monat, Abends 7 1/2 Uhr in der Phönixhalle.

Magdeburg. Donnerstag, den 5. Januar.

Mannheim II. Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, 6 1/2 Uhr Abends bei Böhlen, H. 4. 8.

Vorfriheim. Jeden 1. und 2. Mittwoch im Monat Mit-gliederversammlung im „Goldenen Löwen.“

Stuttgart. Den 22. Januar, Mittags 2 Uhr, General-Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Arbeiter u. Unterangestellte d. Städt. Betriebe Berlins!

Sonntag, den 20. Januar 1890, Abends 5 Uhr:

Kombinierte Verbands-Versammlung

sämmtlicher 7 Filialen, mit Familien-Angehörigen

im **Königstadt-Kasino**, Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.

Tages-Ordnung: 1. Unsere Bewegung, ihre Ziele und ihre bisherigen Erfolge. Referent: Dr. Voersch. 2. Verschiedenes.

Nach Schluß der Versammlung:

Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.

Entree 10 Pfg. — Kein Garderobenzwang.

Der Ausschuß

und das Vergütungs-Komitee der vereinigten Berliner Filialen.

Verantw. Redakteur: Dr. Voersch, Berlin, Neue Jakobstr. 26.
Druck: Maurer & Dimmig, S. Coulissen-Str. 11.